

Die Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über Approvisionierungsfragen.

Wien, 13. Oktober.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat in einer jüngst abgehaltenen Versammlung in ziemlich ausführlicher Weise über die Teuerung sowie über die Wiener Approvisionierungsfragen gesprochen. Allerdings hat er sich im großen und ganzen weit mehr darauf beschränkt, die Ursachen der Teuerung zu erklären und die Schwierigkeiten der Approvisionierung darzustellen, als irgendwelche Mittel vorzuschlagen, welche geeignet wären, der fortwährenden Erhöhung der Lebensmittelpreise wirkungsvoll entgegenzuarbeiten. Und darauf käme es wohl der Bevölkerung heute in erster Reihe an. Wenn nun der Bürgermeister die Entwertung des Geldes als einen Mithaktor der Teuerung bezeichnet, so ist es zunächst schwer, über diese schwierige theoretische Frage der Minderung des Geldwertes ein Urteil abzugeben. Aber es steht fest, daß eine solche gewiß keine isolierte Erscheinung sein kann, welche sich nur in Oesterreich geltend macht. Da nun im benachbarten Deutschland die Steigerung der Lebensmittelpreise weit hinter jener in Oesterreich zurückgeblieben ist, geht es wohl nicht an, die angebliche Entwertung des Geldes, die auch in Deutschland eingetreten sein muß, dafür in so weitgehendem Maße verantwortlich zu machen. Der Bürgermeister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Höchstpreisbestimmung allein nicht geeignet ist, der Teuerung entgegenzuarbeiten, ohne dieselbe zu begrenzen, und hat zwei Beispiele hierfür angeführt. Zunächst daß im Vorjahre die Höchstpreisbestimmung für Hasen nur dazu geführt hat, daß die Hasen nicht nach Wien zum Verkaufe gelangten, sondern anders wohin verführt wurden, wo Höchstpreise nicht in Geltung waren, daher ein Verkauf zu höheren Preisen als in Wien möglich war. Dies beweist nur, daß lokale Höchstpreisfestsetzungen zu jenen kleinen Auskunftsmitgliedern gehören, die, wie die Preistreiberbestimmungen, vollkommen wirkungslos sind und vielleicht sogar die Approvisionierung erschweren. Wir vermischen es daher, daß der Bürgermeister nicht in diesem Falle auf das deutsche Beispiel verwiesen hat, wo die Preisfestsetzungen heute durch lokale, aber miteinander in Kontakt stehende Preiskommissionen für weite Gebiete erfolgen. Der Bürgermeister hat weiter darauf hingewiesen, daß die Höchstpreisfestsetzungen für Kartoffeln in höchst unzweckmäßiger Weise erfolgten, weil der Umstand, daß der Wiener Markt auch auf ungarische Zufuhren angewiesen ist, nicht Berücksichtigung gefunden hat. Dieser Uebelstand wurde schon zu wiederholtenmalen beklagt und von allen Seiten betont, daß der Höchstpreisfestsetzung entsprechende Abmachungen mit der ungarischen Reichshälfte hätten vorangehen müssen.

Der Bürgermeister erzählt aber, daß sich heute noch ein anderer Uebelstand herausgestellt hat. Nachdem in Ungarn die Kartoffelhöchstpreise höher normiert wurden als in Oesterreich, werden sogar aus den Ungarn nahegelegenen Gebieten des Marchfeldes heute Kartoffeln nach Ungarn von den Bauern verkauft, also sogar österreichische Kartoffeln nach Ungarn abgezogen. Diese Tatsache ist sehr bedauerlich und schädigt die Approvisionierungsverhältnisse in Wien. Dem könnte aber sofort abgeholfen werden, wenn eine vorsorgliche Verwaltung etwas Energie zeigen und mit der Beschlagnahme und Requisition aller jener Kartoffelvorräte vorgehen würde, die in der Frachtlage nach Wien gravitieren, wodurch der Wiener Bevölkerung die Gewähr geboten würde, daß die sonst für die Approvisionierung Wiens in Frage kommenden Kartoffelmengen unter allen Umständen dem Wiener Markte gesichert bleiben. Der Bürgermeister hat, wie heute mitgeteilt worden ist, energische Abwehrmaßnahmen von der Staatsverwaltung verlangt. Den Mehlbedarf der Stadt Wien anlangend, wurde mitgeteilt, daß derselbe weit größer ist, als angenommen wurde, wobei allerdings konstatiert werden muß, daß jene Informationen, welche den Mehlbedarf der Stadt Wien mit höchstens 40 Waggon Mehl täglich schätzten, nicht auf wirklicher Sachkunde beruhten. Heute ist der Bedarf auf 70 Waggon gestiegen, wie der Bürgermeister mitteilt. Wenn wir nun bedenken, daß der Mehl- und Brotkonsum der Bevölkerung wohl genügend gedeckt, aber immerhin knapp zugemessen und entschieden geringer ist, als in Normaljahren, so waren jene Sachverständigen jedenfalls schlecht orientiert, die den heutigen Mehlbedarf auf die Hälfte des tatsächlich bestehenden schätzten.

Der Bürgermeister konstatiert weiter, daß in Wien anderthalb Millionen Abschnitzeln von Brotkarten mehr zum Ankauf von Brot und Mehl verwendet wurden, als die betreffenden Kommissionen in Wien ausgegeben haben. Es ist daher richtig, daß auch außerhalb des Gemeindegebietes Wiens wohnende Bevölkerungsschichten von dem Mehl- und Brotvorrat Wiens zehrten. Das ist aber auch in Normaljahren der Fall. Gibt es doch zahlreiche Arbeiter und Kaufleute, die außerhalb des Wiener Gemeindegebietes wohnen, den Tag über aber in Wien zubringen. Diese erhalten ihre Brotkarten in der Heimatgemeinde und geben sie für ihren Brot- und Mehlbedarf während ihres Wiener Aufenthaltes in Wien ab. Es ist aber daraus nicht die Konsequenz zu ziehen, daß die Versorgung außerhalb Wiens schlechter war wie in Wien und daher aus den umliegenden Gemeindegebieten Einwohner wegen der nicht genügenden Versorgung ihren Brot- und Mehlbedarf in Wien deduten. Im Gegenteil, man konnte auf Sonntagsausflügen in der Nähe Wiens oft die Bemerkung machen, daß die Brot- und Mehlversorgung dort sogar besser war, und so erklärt sich diese Deduktion des teilweisen Brot- und Mehlbedarfes der auswärtigen Be-

völkerung als eine natürliche Folge der Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse.